Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1880

23.11.1880 (No. 277)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. November.

№ 277. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1880.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember werden bei allen Postämtern Deutschlands, bei der Expedition, sowie bei den betreffenden HH. Agenten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 19. d. Mts. gnädigst geruht, den vorerst provisorisch mit den Funktionen eines Fabrikinspektors betrauten Bahningenieur Friedrich Wörishoffer definitiv zum Fabrikinspektor zu ernennen.

Mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 16. d. Mts. ist Folgendes bestimmt worden:

Der Unteroffizier Frhr. v. Boltog vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 sowie

der charakterisirte Portepeefähnrich Köhnemann und der Unteroffizier Wilke vom 2. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30 werden zu Portepeefähnrichs befördert.

Der Hauptmann Frhr. v. Hoiningen, genannt Huene, Ingenieur vom Platz in Rastatt, wird zum Major im Stabe des Ingenieur-Corps befördert.

Der Secondelieutenant v. Grolman vom 4. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment Prinz Karl Nr. 118 wird in das Badische Train-Bataillon Nr. 14 versetzt.

Der Vicefeldwebel Sutter aus dem Bezirk des 1. Bataillons (Mainz) 4. Großherzoglich Hessischen Landwehr-Regiments Nr. 118 wird zum Secondelieutenant der Reserve des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und

die Vice-Wachtmeister Schmöle aus dem Bezirk des 2. Bataillons (Iserlohn) 7. Westfälischen Landwehr-Regiments Nr. 56, Scheid und Mügel aus dem Bezirk des 2. Bataillons (Saarlouis) 4. Rheinischen Landwehr-Regiments Nr. 30 werden zu Secondelieutenants der Reserve resp. des 3. Badischen Dragoner-Regiments Prinz Karl Nr. 22, des 2. Badischen Dragoner-Regiments Markgraf Maximilian Nr. 21 und des Kurmärkischen Dragoner-Regiments Nr. 14 befördert.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Nov. Die Großherzogliche Familie verläßt heute Baden und gedenkt Abends 45 Minuten nach 8 Uhr zu bleibendem Aufenthalt in Karlsruhe einzutreffen.

Mittwoch den 24. November wird Seine Königliche Hoheit der Großherzog wieder öffentliche Audienzen ertheilen.

Berlin, 21. Nov. In der am 18. d. M. unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths erfolgte zunächst die Mittheilung von der Ernennung des kgl. bayr. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Grafen v. Lerchenfeld-Köfering zum bayr. Bevollmächtigten zum Bundesrathe, sowie von der Abordnung des Kaiserlichen Unterstaatssekretärs Dr. v. Mayr als Kommissarius zur Vertretung von Vorlagen aus dem Bereich der elsaß-lothringischen Landesverwaltung.

Die Vorlagen, betreffend: a. die Verlängerung der, der Magdeburger Privatbank und der Posener Provinzial-Aktienbank ertheilten Befugniß zur Notenausgabe; b. die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1876; c. die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1879/80, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. — Ein Präsidialantrag auf Doppelrechnung der auf Inseln der Südsee zugebrachten Dienstzeit bei der Pensionirung von Konsulatsbeamten gelangte zur Annahme. Ebenso wurde genehmigt, daß mehreren in den Ruhestand tretenden Beamten der Postverwaltung die von ihnen im Gemeindedienste zurückgelegte Dienstzeit bei Feststellung der Pension mit in Anrechnung kommt. — Ein Antrag der königlich bayrischen Regierung, daß in München gemischte Privat-Transitlager von Bau- und Nutzholz ohne amtlichen Mitverschluß gestattet werden dürfen, erhielt, dem Gutachten der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr entsprechend, die Zustimmung der Versammlung. — Weitere Ausschußberichte und Beschlüsse bezogen sich auf Eingaben betreffend die von einem Steuermann nachgesuchte ausnahmsweise Zulassung zur Schifferprüfung; die Gestattung von Privat-Transitlagern für Butter; die Erweiterung der Steuerrückvergütung für auszuführendes Bier.

Zum Schluß wurden die neuerdigs eingegangenen Petitionen vorgelegt und über die geschäftliche Behandlung derselben Bestimmung getroffen.

Die heutige Versammlung von nationalliberalen Secessionisten beschloß die Gründung eines Wahlvereins der Liberalen.

Geh. Kommerzienrath Conrad, Vorsteher des Kollegiums der Aeltesten der Kaufmannschaft, ist gestorben.

Berlin, 20. Nov. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Wahlen v. Kleist's (Hohenau) und Kropatschtek (Brandenburg) werden beanstandet; die Wahl v. Wedell's wird für ungiltig erklärt. Es folgt die Interpellation Hänel.

Minister-Vicepräsident Graf Stolberg erklärt sich zu sofortiger Beantwortung bereit.

Hänel begründet die Interpellation. Zur Aufnahme der Staaten Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro in den Verband der europäischen Staaten habe man auf dem Kongresse von 1878 die Gleichberechtigung der Juden mit den übrigen Konfessionen zur Bedingung gemacht, weil nur durch die volle Gleichberechtigung die Assimilation der Juden mit der einheimischen Bevölkerung zu erreichen sei. Da Rumänien Schwierigkeiten in der Ausführung dieser Verpflichtung gemacht', sei ihm die Anerkennung so lange versagt worden, bis der Verpflichtung nachgekommen sein würde. Die Parität der Juden sei somit eine solche Vorbedingung der Civilisation, daß Staaten, die sie nicht hätten, nicht in die europäische Völkergemeinschaft aufgenommen würden. Die Rückwirkungen einer mehr als tausendjährigen Knechtschaft der Juden verschwänden leider nicht mit einem Tage. Deßhalb dürfe man doch nicht die ehemaligen Verhältnisse wieder inauguriren wollen. Die jetzige Bewegung sei auch nicht gegen jene Uebelstände gerichtet, sondern gegen das Judenthum überhaupt. Dies werde durch die Antisemiten-Liga und die Wahlagitationen namentlich in Berlin bewiesen. Die Bewegung sei zu einer Rassen-Frage geworden und habe so die aufreizendste, perfideste Wendung erhalten. Der Haß gegen die Rasse richte sich nicht gegen den Einzelnen; dieser Rassenhaß sei ein Schlag in's Gesicht des königlichen Gebotes des Christenthums, welches laute: Liebet euren Nächsten! Die antisemitische Bewegung sei an Brutalität durchaus noch niedriger, als die Ausschreitungen der Socialdemokratie. Er erinnere nur an gewisse Vorkommnisse in öffentlichen Kommunikationsmitteln und an die Massenschändung jüdischer Gräber. Das sei die Signatur der Bewegung, für welche die Schürer und Förderer verantwortlich seien. Die jüdischen Schüler seien nicht mehr sicher vor Zurücksetzung und Beleidigung in der Schule. Doch, wie viele Juden könnten nicht das höchste Verdienst um Staat und Gemeinde für sich in Anspruch nehmen? Die jetzige Lage der Dinge sei völlig unvereinbar mit der Parteilosigkeit und Gerechtigkeit. Das haben die Männer empfunden, die jene Manifestation gegn die Antisemiten-Liga erließen. Er glaube, auch die Regierung habe jetzt die Pflicht, Parteilosigkeit und Gerechtigkeit durch eine Kundgebung zu offenbaren. Er verlange gleiche Sonne und gleiches Licht für Alle. Es existirten Besorgnisse in den betreffenden jüdischen Kreisen, als ob die Regierung nicht ganz gerecht gegen die Juden sei. Die Regierung müsse um so mehr jetzt sich äußern, als an sie in der bekannten Petition die Forderung gerichtet wurde, im Verwaltungswege die Verfassung zu untergraben. Redner verliest eine Depesche aus Westfalen, wonach ein Landrath amtlich zu Unterschriften der Antisemiten-Petition habe auffordern lassen. Er glaube verpflichtet gewesen zu sein, die Interpellation zu stellen, wenn er völlig unabhängig und selbständig auf dem ihm durch die Verfassung gegebenen Rechtsboden stehe. Eine runde und volle Erklärung der Regierung im Sinne der Verfassung werde der Antisemiten-Bewegung die Spitze abbrechen, Beruhigung verbreiten und den jüdischen Mitbürgern die Freudigkeit an ihrer bürgerlichen Thätigkeit zurückgeben. Er hoffe auf eine solche Erklärung. Die Stellung der Regierung müsse jedenfalls klar sein. Er halte es für eine Forderung der nationalen Ehre, daß die Parität gewahrt bleibe.

Die Erklärung der Regierung als Antwort auf die Interpellation Hänel lautet nach dem Stenogramm: Die vorher verlesene Interpellation des Abg. Hänel ist davon ausgegangen, daß eine Petition an den Reichskanzler als Ministerpräsidenten eingereicht sei, welche die wörtlich aufgeführten vier Forderungen enthält. In Anlaß dessen richtet die Interpellation die Anfrage an die Staatsregierung, welche Stellung dieselbe den Anforderungen gegenüber einnimmt, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen. Hierauf muß ich zunächst konstatiren, daß eine solche Petition, wie die hier erwähnte, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist und daß diese daher auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben in amtliche Erwägung zu ziehen. Gleichwohl nimmt die Regierung nicht Anstand, die an sie am Schlusse gerichtete Frage dahin zu beantworten: daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse in jeglicher staatsbürgerlichen Beziehung ausspricht und daß die Regierung nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen. (Beifall.)

Nach der Erklärung des Grafen Stolberg beantragt v. Minnigerode eine Besprechung der Interpellation; denselben Antrag stellen Rickert und Klotz. Das Haus stimmt zu. Die Rednerliste wird durch das Loos festgellt. 9 Redner sind für, 18 gegen die Interpellation eingeschrieben.

Abg. Reichensperger: In der Erklärung der Regierung freue ihn, daß dieselbe die Gleichberechtigung der Juden wahren wolle. Die Vorgänge in Rumänien bewiesen nur, welche Bedeutung, welche internationale Macht jene kleinste jüdische Minorität gewonnen habe. Die antisemitische Bewegung sei keineswegs durch religiösen oder Rassenhaß diktirt. Sie entspringe vielmehr der Volksüberzeugung, daß nationale und sociale Interessen in Frage stehen, daß das emanzipirte Judenthum schäd-

---

Großherzogl. Hoftheater.

Der Postillon von Lonjumeau.

Karlsruhe, 20. Nov. Die Königin der Erdgeister an der hiesigen Bühne scheint mehr Macht über den Hans Heiling zu besitzen, als es in der Oper von Marschner der Fall ist: er ist trotz aller Anstrengungen bis jetzt nicht an's Lampenlicht gekommen. An seine Stelle ist diesmal der Postillon berufen, welcher durch die Vertretung des Hrn. Rosenberg den nöthigen Glanz erhalten hat. Er schont in der Rolle seine Stimme außerordentlich, um alle Kraft für das hohe C aufzusparen. Dagegen läßt sich nichts sagen, wohl aber gegen die Einlage des Abt'schen Liedes. Da wird allerdings Hr. Rosenberg behaupten, „dem Publikum gefällt's, es lechzt jedesmal nach Wiederholung, welche ich gern gewähre." Der donnernde Applaus bleibt nicht aus, und der Künstler verzeichnet befriedigt dieses Mehr an neuen Lorbeern. Ob es jedoch ganz künstlerisch ist, mit diesem Leierkasten-Objekt immer und immer wieder zu operiren, soll hier nicht erörtert werden. Hr. Speigler bot in seinem Bijou eine Leistung, welche außerhalb der Angriffslinie der Berichterstattung liegt. Seine Komik ist vollendet bis in das kleinste Detail hinein. Der Vortrag des Beweises seiner Künstlerschaft im dritten Akt gehört zu den Kleinoden der musikalischen Darstellungskunst, welche heute nicht an jeder Bühne gefunden werden. Frl. Rupp hatte es unternommen, eine Rolle durchzuführen, in welcher Frau Meysenheim große Anerkennung erfahren hatte. Der Versuch ist Frl. Rupp im ersten Akte theilweise gelungen. Sie hat die frische Madeleine ganz gut gesungen und gespielt. Von dem Beginn der Darstellung der Frau von Latour an ist zu berücksichtigen, ob sie dort gefühlt hat, daß ihre Kräfte doch nicht ausreichend sind, und sie deßhalb von der Angst übermannt ist, oder ob sie nicht mehr disponirt war — kurz, der zweite und dritte Akt bedarf einer sorgfältigen Neustudirung. Zunächst hat sie ihrem Kopfputz eine andere Gestalt zu geben. Sodann muß sie verstehen, die 10 Jahre Zwischenraum zu verwischen und als Dame, als Frau aufzutreten. Sie hat in der Beziehung wie auch in Hinsicht auf die Handhabung des musikalischen Ausdrucks die beste Gelegenheit, das ihr von ihrer Kollegin gegebene Vorbild recht gründlich zu studiren. E. R.

---

43 **Major Franz.**

Roman von Frau Bosboom-Toussaint.

Deutsch von Stephan Born.

(Fortsetzung aus Nr. 276.)

„Ich habe Ihr Vertrauen nicht mißbraucht, mein Fräulein," erwiderte ich in gelassenem Ton, „ich wollte nur Sie kennen lernen, Ihre Zuneigung gewinnen, ehe ich es wagte, Ihnen meine Gefühle zu gestehen."

„Sie waren falsch, sage ich Ihnen. Ich glaube nicht mehr an Ihre Liebe. Sie sind hierhergekommen, um ein sogenanntes gutes Geschäft zu machen, sich Ihre Million zu verdienen. Es ist wahr, ich habe Sie geliebt, aber so wie Sie waren, nicht wie Sie in diesem Augenblicke vor mir stehen. Niemand, todt oder lebendig, hat das Recht, über meine Hand zu verfügen, und was Sie betrifft, so weise ich Sie zurück, verstehen Sie wohl? Ich weise Sie zurück."

Und sie ließ sich, blaß wie eine Sterbende, in einen Lehnsessel nieder.

Ich auch mußte mich auf eine Stuhllehne stützen; ich schwankte, die Füße versagten mir den Dienst. Der gute Rolf war bis in den hintersten Winkel des Zimmers zurückgewichen und die Thränen standen ihm in den Augen. Der General, dem die Angst auf dem Gesichte zu lesen war, rutschte unruhig auf seinem Stuhle, von dem er sich nicht erheben konnte, hin und her.

„Frances, Frances!" bat er, „laß dich nicht so hinreißen. Bedenke, daß das Schloß bis auf den letzten Stein mit Hypotheken belastet ist, daß seit sechs Monaten die Zinsen nicht mehr bezahlt worden sind, daß wir bei'm Verkauf nicht den dritten Theil seines Werthes erlangen würden und auf die Großmuth des Herrn von Zonshoven angewiesen sind. Er will Schloß Werve mit allen auf dem Grundstück haftenden Lasten übernehmen und mir außerdem eine jährliche Rente zahlen, welche mir für meine letzten Tage eine sorgenlose Existenz sichert; aber du mußt seine Frau werden, sonst geht der schöne Plan in Rauch auf. Warum willst du einen Mann beleidigen, der es so gut mit uns meint und der dich liebt, wie ich es in letzter Zeit sehr wohl bemerkt habe. Und wir haben uns nicht nur mit ihm zu verständigen; da ist noch das Testament, der Testamentsvollstrecker, der Rechtsanwalt ... Was soll ich Herrn Overberg antworten?"

„Schreibe ihm, Großvater," sagte Frances und erhob sich nur mit Mühe, „schreibe ihm, daß Frances Mordaunt sich nicht durch tastamentarische Verfügung verheirathen läßt, daß sie sich weder für eine Million, noch für irgend welche Summe verkauft, und daß sie den Antrag des Herrn von Zonshoven in aller Form zurückgewiesen hat."

„Und ich," nahm ich das Wort in der Voraussetzung, daß Frances, nachdem sie ruhiger geworden und eine klare Einsicht in die Verhältnisse gewonnen, mir Gerechtigkeit widerfahren lassen würde, daß es aber bei einem Charakter wie der ihrige war, nothwendig sei, sich nicht einen Augenblick von einer heftigen Aufwallung hinreißen zu lassen, „ich, der ich Ihr Wort habe und es Ihnen nicht zurückgebe, ich bitte den General, an Herrn Overberg zu schreiben, daß Fräulein Mordaunt mir ihre Hand bewilligt hat, und die Cession des Schlosses Werve vollzogen werden kann."

„Sofern ich meine Zustimmung gebe," fügte Frances, immer noch blaß und regungslos, hinzu.

„Verzeihen Sie, mein Fräulein," sagte ich, „Ihr Großvater allein hat das Recht, über das Gut zu verfügen, und so lange er lebt, hat das Testament, durch welches er es Ihnen zuspricht, durchaus keine Giltigkeit. Schreiben Sie, wie ich es verlangte, General; Sie wissen sehr wohl, welches die Folgen einer anderweitigen Entscheidung sein würden."

„Er will, daß du Lügen schreibst; er hält an seiner Million fest, das ist klar," sagte Frances verächtlich.

„Frances," flehte der unglückliche General, „wenn du wüßtest,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lich wirke, namentlich in den unteren Klassen durch eine Minorität, welche nicht arbeite, sondern spekulire.

Die Juden müßten die Emanzipation erst verdienen. Man habe sie ihnen keineswegs als Anerkennung ihrer Tugenden gegeben. Er bedaure, daß die guten Elemente unter den Juden nicht so regsam seien wie die schlechten. Er wolle nicht die Gesammtheit der Juden für die Fehler eines Theiles verantwortlich machen. Er beharre auf dem Standpunkt der verfassungsmäßigen Parität der Juden, so schwer sie ihm und seiner Partei das gemacht hätten. Die jüdische Presse habe im Kulturkampf den Cynismus der Uebrigen noch überboten. Die Agitation des Kulturkampfes sei nicht allein gegen die Katholiken, sondern gegen das Christenthum überhaupt gerichtet gewesen. Er hoffe auf Einkehr und Umkehr der jüdischen Mitbürger. Die Fortschrittspartei, welche jetzt die Juden beschütze, habe seiner Zeit die Hand geboten zur Aufhebung der drei Verfassungsartikel. Von der antisemitischen Bewegung und Interpellatin verspreche er sich, daß die Juden zu mehr Besonnenheit und Mäßigung veranlaßt würden und einsehen, daß mit dem thatsächlichen Prinzip der Freiheitsrechte nichts gethan sei und daß die Rückprobe bleibe, ob die Erwartungen erfüllt, die an die Emanzipation geknüpft seien.

Seyfahrt führt aus, die Grundsätze des Christenthums gestatteten nicht, die Juden zu verfolgen. Auch die Erinnerung an 1870 verbiete die Verfolgung. Die Juden-Frage wie die sociale Frage könnten nur durch die christliche Toleranz gelöst werden.

v. Heydebrand und der Lasa findet es ungewöhnlich, daß man eine Petition zum Gegenstande einer Interpellation an die Staatsregierung mache, die nicht an das Haus gerichtet und an ihre Adresse noch nicht gelangt sei. Noch ungewöhnlicher sei es, daß diejenige Partei die Regierung um Schutz für die Juden anrufe, welche ihr in andern Dingen den größten Widerstand leiste.

Eine tiefe Mißstimmung gegen einen Theil der jüdischen Einwohner sei nicht zu bestreiten; dieselbe gehe durch ganz Europa. Er müsse aber entschieden dagegen protestiren, daß der konservativen Partei die Erzeugung der antisemitischen Agitation zugeschrieben werde. Er appellire an die einsichtigen Juden, Achtung vor den christlichen Institutionen, vor den Staatsgesetzen, durch die sie geschützt würden, zu zeigen, und taktvoller und gemäßigter aufzutreten; andernfalls vermöge keine Macht irgend einer Art, keine Interpellation die Bewegung einzudämmen, welche aus der innersten christlichen Ueberzeugung des Volkes hervorgegangen sei.

Virchow führt aus, daß die Agitation gegen die Juden nicht von heute sei, aber derart um sich gegriffen habe, daß die Zeit gekommen sei, hindernd einzutreten, um die verfassungsmäßigen Rechte der Juden zu erhalten. Es sei ihm unverständlich, wie man für möglich halte, die Einwanderung der Juden zu verhindern. Uebrigens existire dies gar nicht; es sei dies eine gleiche Verwechselung, wie sie mit Religion und Rasse in diesem Falle begangen werde. Es heiße immer, man richte die Angriffe nicht gegen die Religion, sondern gegen einen Stamm. Wenn man aber auf den Grund gehe, so finde man, daß es die Religion sei, die man verfolge. Schließlich sei es aber der Neid, welcher zur Verfolgung der Juden reize wegen des Vermögens, das sie erwerben, wegen der Bildung, die sie sich aneignen. Die konservative Partei könne nicht bestreiten, daß aus ihren Reihen heraus der erste Anstoß zu der Agitation erfolgt sei. Seine Partei habe geglaubt, durch eine öffentliche Diskussion zur Klärung der Ansichten und Aufrechthaltung des Friedens beitragen zu können.

Hobrecht sagt, die Erklärung der Staatsregierung scheine wohl geeignet, eine Beruhigung der durch die Agitation gestörten Gemüther herbeizuführen. Das Haus sei nicht im Stande, hier die Frage zum Austrage zu bringen und hier über einzelne Vorkommnisse zu Gericht zu sitzen. Die Agitation rufe die Leidenschaften an, die sich nicht kontroliren lassen. Gerade hier sei es nöthig, alle Leidenschaftlichkeit und Parteilichkeit bei Seite zu lassen. Die ganze Frage könne nicht durch eine Diskussion im Parlament gelöst werden; das könne nur die Gesellschaft durch sich selbst. Die Antwort der Regierung befriedige ihn und seine Freunde vollständig. Im Uebrigen müsse das gesunde Herz und der gesunde Sinn des Volkes die Frage lösen.

Träger führt aus, es sei beschämend, daß man jetzt in Preußen die Juden-Frage im Parlamente debattiren müsse. Der Schwerpunkt der Bewegung liege auf dem socialen Gebiete. Es werde der Neid der minder gut Situirten gegen die Besitzenden erregt. Die Erinnerung an die Tapferkeit der Juden in den Kriegen und ihre Opferfreudigkeit zum Besten der Söhne des Landes sollten doch jeden Gedanken an die Unterdrückung derselben unmöglich machen. Eine Nothwendigkeit, den Forderungen der Petition Folge zu geben, liege nicht vor und ein Abgehen von der Gleichberechtigung würde die schädlichste Wirkung haben.

Windthorst betont, seine Aeußerungen seien nur rein persönliche Anschauungen. Er halte die Interpellation für durchaus nicht motivirt. Die Antwort der Regierung sei keineswegs kühl gewesen. Er und seine Partei hätten in ihren Nöthen nie eine so wenig kühle Antwort erhalten. Die Frage der socialen Stellung der Juden dürfe nicht in der Oeffentlichkeit erörtert werden; ihre Lösung müsse der Wissenschaft überlassen bleiben. Seine Meinung sei, keine Judenhetze, aber auch keine Christenhetze, vor Allem keine Katholikenhetze. Die Duldung müsse eine gegenseitige sein, die Frage müsse ohne persönliche Pointen erörtert und dürfe nicht in Volksversammlungen gebracht werden. Die Sache würde nicht zur öffentlichen Besprechung gekommen sein, wenn nicht die Juden selbst es dahin gebracht hätten. Die jüdischen Literaten hätten das Christenthum angegriffen, Die Juden möchten sich doch um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Die Haltung der Fortschrittspartei sei völlig inkonsequent, wenn man ihr Verhalten im Kulturkampf beachte. Es böte sich aber hier die Gelegenheit für sie, umzukehren und den Katholiken dasselbe zu gewähren, was sie für die Juden geschützt wissen wollten. Redner hofft, es werde durch gegenseitige Toleranz gelingen, die Bewegung wieder zu beseitigen. Wenn das christliche Prinzip zurückgedrängt werde, so sei daran die Aera schuld, welche mit dem Schulaufsichts-Gesetz begonnen habe. Der christliche Sinn könne nur erhalten werden, wenn die christliche Kirche frei sei. Dagegen habe man dieselbe geknechtet. Wenn etwas an der christlichen Kirche verloren gehe, so sei daran die Regierung schuld. An der Gesetzgebung liege es, daß man jetzt Klagen gegen die Juden erhebe, denn diese Klagen seien einseitig und ungerecht. Er müsse sich gegen die Verfolgung erklären, die jetzt gegen die Juden inszenirt werde. Er flehe die Regierung an um Schulen, aber nicht um solche, in denen der Unglaube und der Materialismus gefördert werde. Redner wünscht, man möchte bei Behandlung der Frage mit der größten Friedfertigkeit verfahren und aus der heutigen Verhandlung die Mahnung entnehmen: Was du nicht willst, daß es dir geschehe, das füge auch keinem Anderen zu. — Hierauf wird die Debatte auf Montag vertagt.

Berlin, 22. Nov. (Tel.) Abgeordnetenhaus. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Hänel.

Meyer (Breslau) nimmt zunächst den Magistrat von Breslau in Schutz gegen den Vorwurf, einen Lehrer wegen Unterzeichnung der Antisemiten-Petition in Anklage versetzt zu haben; jener habe nicht die Petition, sondern das Agitationsschreiben unterzeichnet, welches dieselbe begleitete; daher sei das Verfahren eingeleitet. Es sei das ein ostentatives, öffentliches Auftreten, nicht die Ausübung eines Petitionsrechts. Die von der Agitation gegen die Juden aufgestellten Behauptungen, als sei die Denationalisirung der Deutschen und die Ueberschwemmung Deutschlands durch die Juden zu befürchten, seien in jeder Hinsicht widerlegt. Es sei schade um die Zeit und die Mühe, welche auf die Lösung dieser Probleme, die faktisch doch nicht existirten, verwendet würden. Unter den gegen die Juden erhobenen Anschuldigungen werde die Thatsache, daß sie nicht arbeiten, kein Handwerk betreiben, von dem einsichtigen Theil der Juden am lebhaftesten bedauert; es liege das darin, daß nur selten christliche Meister Juden in die Lehre und in die Arbeit nehmen. Die Angriffe gegen die Alliance Israélite seien völlig ungerechtfertigt; dieselbe diene lediglich der Wohlthätigkeit und der Unterstützung der Juden im Orient. Die Judenhetze sei so weit gediehen, daß das Wort Jude ein schwerer Schimpf geworden sei. Wenn wir Juden in dieser Weise behandeln, dürfen wir auch nicht verlangen, daß unsere Ansiedelungen im Auslande Schutz genießen. Es sei auch nicht richtig, daß, wie man behauptete, Deutsche durch Juden auch deßhalb verdrängt würden, da sie keine gewandten Kaufleute seien; gerade die größten Handelshäuser, namentlich im Auslande, seien fast ausschließlich in Händen christlicher Deutschen, welche auch gewiß den tüchtigen Engländern erfolgreich Konkurrenz machen. Redner erwartet von dem gesunden deutschen Sinne, daß diese häßliche Agitation bald verschwindet.

Bachem konstatirt, die bisherige Debatte habe gezeigt, daß die Majorität des hohen Hauses die Interpellation für inopportun halte, und auch die antisemitische Agitation nicht voll und ganz verurtheile. Die Fortschrittspartei werde vergeblich versuchen, für ihre Tendenzen im Hause Meinung zu machen; sie lebe und webe eben nur in solchen Städten, wo in Bezug auf die Juden dieselben Verhältnisse herrschen, wie in Berlin. Es handle sich da viel mehr um den Terrorismus gegen die Antisemiten als um den antisemitischen Terrorismus. Man könne hier das Sprichwort vom Splitter und dem Balken anführen. Bei der Juden-Frage steht das wirthschaftliche Interesse im Vordergrund, und zwar je mehr, desto schwächer die verschiedenen Landestheile in wirthschaftlicher Hinsicht sind. In den letzten Jahren hat sich eine ungeheure Verschiebung des Besitzes zu Gunsten der Juden gezeigt, was nicht allein in ihrer großen Betriebsamkeit und Intelligenz seinen Grund haben könnne, sondern es müsse dazu ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung sehr verwerfliche Mittel gebraucht haben. Die Juden haben hauptsächlich das Börsengeschäft und das Produktengeschäft in Händen und tragen damit ebenfalls viel zur Vertheuerung des Brodes des armen Mannes bei. Es ist also nicht vom Neide die Rede, sondern die Erbitterung ist sehr berechtigt, da die Juden durch verwerfliche Mittel ihr Vermögen erwerben und damit ihren Kindern natürlich eine gute Erziehung geben können. Hier sei nur zu helfen durch eine Reform der socialen Gesetzgebung, namentlich gegnüber dem Kapitale. Vor Allem müßten in Berlin die sogenannten freisinnigen, reformjüdischen Blätter unterdrückt werden, welche im Unglauben, Hohn und Cynismus das Mögliche leisteten; unter ihnen thäten sich noch besonders die Witzblätter hervor. Wenn die über die Katholiken schon ausgegossenen Verhöhnungen einmal gegen die Juden geäußert würden, so würde die ganze Welt von Geschrei widerhallen, das erhoben würde. Soweit also die christlich-sociale Bewegung diese Uebelstände behandelt, müsse er ihr volle Sympathe aussprechen. Er verlange volle Gleichberechtigung aller Konfessionen; wenn aber von einer Seite so maßlose Ausschreitungen erfolgen, wie von der jüdischen Seite, so dürfe man sich über Reaktion von der andern Seite nicht wundern. Er beschwöre die Regierung, das gleiche Recht, das gleiche Licht endlich den Katholiken zu Theil werden zu lassen, das jetzt Niemand den Juden verkümmern wolle. (Fortsetzung siehe neueste Telegramme.)

Darmstadt, 20. Nov. Die erste Ständekammer tritt vor Weihnachten zusammen.

Mainz, 20. Nov. Dem Gouverneur von Mainz, General der Infanterie v. Pritzelwitz, wurde auf sein Nachsuchen der Abschied bewilligt und Generallieutenant von Woyna, Kommandeur der 30. Infanteriebrigade zu Metz, zum Gouverneur der Festung Mainz ernannt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Nov. Die griechische Frage ist abermals — wahrscheinlich freilich wieder nur akademisch — in eine neue Phase getreten. Die griechische Regierung hat, allerdings nicht ausdrücklich, erklärt, aber doch zu verstehen gegeben, daß sie absolut nicht im Stande sei, dem Andrängen der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten und auf unbestimmte Zeit hin sich an blosen wohlwollenden Vertröstungen genügen zu lassen, daß sie aber sicher zu sein glaube, jene öffentliche Meinung werde sich mit einem ferneren Zuwarten beruhigen, wenn sie wenigstens den guten Willen der Pforte bethätigt sehe, den ihr im Berliner Vertrag auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, und darauf hin ist dem Vernehmen nach die Pforte von den Mächten vertraulich verständigt worden, sie werde ihrem eigenen unmittelbaren Interesse wie der Sache des allgemeinen Friedens einen wesentlichen Dienst leisten, wenn sie sich in bündiger Weise bereit erkläre, sofort diejenigen Gebietstheile an Griechenland zu übergeben, deren Abtretung zu verwirklichen sie von Anfang an kein Bedenken gehabt, wogegen Griechenland sich in eben so bündiger Weise verpflichten würde, bis zum friedlichen Austrag der noch strittigen Punkte eine gewaltsame Besitzergreifung nicht zu versuchen.

Wien, 20. Nov. Montenegro hat noch einmal den Versuch gemacht, von den Mächten eine ausdrückliche Garantie für den ungestörten Besitz Dulcigno's zu erlangen; nur wenn diese Garantie geleistet worden, werde es mit den Waffen in der Hand die Besitzergreifung vollziehen. Die Mächte haben, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, die Erklärung abgegeben, daß von einer solchen Garantie nicht entfernt die Rede sein könne. Europa habe die von ihm eingegangenen Verpflichtungen voll eingelöst, wenn es Montenegro behilflich sei, Dulcigno in Besitz zu nehmen; sich im Besitz zu erhalten, sei lediglich die Sache Montenegro's.

Italien.

-- **Neapel**, 20. Nov. Der Seismograph zeigt eine erhöhte unterirdische Thätigkeit des Besuvs an. Die Lava ergießt sich fortdauernd reichlicher in nordwestlicher Richtung.

Frankreich.

Paris, 20. Nov. In der Kammer der Deputirten wurde der Bericht der Enquetekommission betr. das amtliche Verhalten des Generals Cissey vertheilt. Der Bericht gipfelt in dem Antrage auf Veranstaltung der Enquete. Marineminister Cloué brachte einen Entwurf über die Abtretung der Insel Tahiti an Frankreich ein. — Die Kammer nahm die Art. 5, 6 und 7 des Entwurfs über die Reform des Richterstandes an und begann mit der Berathung des Art. 8, welcher die Unabsetzbarkeit der richterlichen Beamten während der Dauer eines Jahres aufhebt. Die Debatte war eine lang dauernde. Zwei Amendements wurden abgelehnt, die Fortsetzung der Debatte auf Montag vertagt. Am Montag wird Lavieille über die Ernennung Cloué's zum Marineminister interpelliren.

Cherbourg, 20. Nov. In Folge heftigen Sturmes und Wolkenbruches in vergangener Nacht ist die Divette auf's Neue ausgetreten. Truppen eilen den Ueberschwemmten zu Hilfe.

Nizza, 20. Nov. Das hiesige Zuchtpolizeigericht hat entgegen der Anschauung des Vertreters der Staatsanwaltschaft zwei Journalisten zu 10tägiger Gefängnißstrafe und 2000 Frcs. Geldbuße verurtheilt, weil dieselben bei Ausführung der Märzdekrete in das Ordenshaus der Brüder der afrikanischen Mission drangen. Die Verurtheilten meldeten Appellation an.

Großbritannien.

London, 20. Nov. Lord Salisbury hielt gestern im konservativen Verein in Hackney eine Rede, worin er die gesammte Politik der Regierung, besonders bezüglich Irlands, heftig angriff. Das Ministerium sei verantwortlich für den anarchischen Zustand des Landes, weil es die Agitation durch Reden im Parlament und die Weigerung, Zwangsmaßregeln vorzuschlagen, ermuthigt habe. — Lord Salisbury drückte seine Befriedigung über die Guildhall-Rede Gladstone's aus, weil daraus ersichtlich, daß die Orientpolitik der Regierung in die Fußstapfen der Politik Lord Beaconsfield's getreten sei. — „Daily News" erfährt, der gestrige Ministerrath sei bezüglich der Einberufung des Parlaments zu keiner Entscheidung gelangt. Die Regierung sei entschlossen, eine irische Landbill einzubringen.

London, 20. Nov. Der heutige Ministerrath in Balmoral unter dem Vorsitz der Königin beschloß das Parlament bis zum 2. Dezember weiter zu vertagen. Die Einberufung des Parlaments zum 2. Dezember folgt hieraus nicht.

---

wie ich . . . Du beleidigst einen Mann von außergewöhnlichem Edelsinn, der uns Alle in den Abgrund stürzen kann, und der uns retten will, wenn du nur, du, die Hand nicht zurückweisest, die er uns hilfreich entgegenstreckt. Denke daran, daß er uns zwingen kann, das Schloß zu verkaufen, wenn wir es ihm nicht durch gütliche Uebereinkunft überlassen."

„Das ist möglich. Er kann sich heimlicher Weise das Recht verschafft haben, uns wie Bettler von Schloß Werve zu vertreiben, aber er kann mich nicht zwingen, ihn zu heirathen."

„Das wollen wir sehen," entgegnete ich bestimmt.

„Sie wagen es, zu mir von Zwang zu sprechen, zu mir!" rief sie wüthend und trat auf mich zu . . . „Sie, Leopold!" fuhr sie im Ton aufrichtigen Schmerzes fort.

„Ja, Francès," sagte ich, entschlossen, meinen Vortheil zu benutzen; „Sie werden sich einem Zwang, aber dem Zwang Ihres eigenen Gewissens unterwerfen müssen, welches Ihnen sagen wird, daß Sie mir Genugthuung schuldig sind. Ich verlasse Sie. Suchen Sie ruhig nachzudenken. Sie haben mich in meiner Ehre angegriffen. Sie haben meinem Herzen eine tiefe Wunde geschlagen. Lassen Sie das Blut nicht zu lange fließen, sie könnte sonst unheilbar werden."

Ich warf einen letzten Blick zärtlichen Vorwurfs auf sie. Sie schien von Neuem für Alles unempfindlich. Ich schüttelte dem alten Baron, der wie ein Kind weinte, die Hand und ging zum Zimmer hinaus. Rolf folgte mir und bat mich eindringlich, das Schloß Werve noch nicht zu verlassen.

„Es ist so ihre Natur," meinte er. „In einer Stunde wird sie bereuen, was sie gesagt hat, davon bin ich überzeugt; das Gewitter ist zu heftig, um lange anzudauern."

Aber mein Entschluß war gefaßt. Ich begab mich in mein Zimmer und packte meine Sachen ein; sehr langsam freilich, wie ich zugebe, und immer aufhorchend, ob Niemand, wie unlängst, an meine Thür klopfen würde. Niemand aber nahte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Zeitung.

⊙ **Mannheim**, 20. Nov. Das gestern zum ersten Mal hier aufgeführte Schauspiel „Geierwally", von Frau Wilhelmine v. Hillern nach ihrem gleichnamigen Roman bearbeitet, ging mit glänzendem Erfolg in Scene. Die Darstellung war vorzüglich; die Träger der Hauptrollen wurden zu wiederholtenmalen stürmisch gerufen, ebenso die hier anwesende Verfasserin, die bei'm letzten Hervorruf mit Tücherschwenken und Lorbeerkränzen begrüßt wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Orient.

Ragusa, 20. Nov. (Agence Havas.) Derwisch Pascha verlangte 4000 Mann Verstärkungen. — „Temps" sagt, Göschen habe dem Sultan erklärt, Europa werde nicht länger als 10 Tage Geduld haben wegen Uebergabe Dulcigno's.

Sofia, 20. Nov. In der Nationalversammlung wurde ein Grünbuch (!) vertheilt. Dasselbe enthält Aktenstücke in Betreff der Kirchenverwaltung, der Zulassung der österreichischen Postämter in Bulgarien, der Postkonvention mit Serbien, des Beitritts Bulgariens zur Berner Telegraphenkonvention, der Eisenbahn-Frage, der Organisation des Sanitätsdienstes in Varna und Baltschik, der türkischen Emigration und des Räuberunwesens in Ostbulgarien.

Konstantinopel, 19. Nov. (Daily Telegraph.) Die Pforte hat die Kollektivnote der Mächte dahin beantwortet, daß der Sultan, kraft seines Begnadigungsrechts, das Todesurtheil Veli Mehemeds in lebenslängliches Gefängniß umgewandelt habe.

Konstantinopel, 20. Nov. Die Truppen Derwisch Pascha's in der Umgebung von Dulcigno sollen von den Albanesen eingeschlossen sein. Die Albanesen verweigerten zuletzt, das zur Fahne einberufene Redifskontingent zu stellen. — Die albanesische Liga zeigte Osman Pascha an, daß sie jedem Versuche, das Dekret des Sultans auszuführen, gewaltsam entgegentreten würde. — Das österreichische Konsulatsgebäude in Prizrend wurde geplündert.

Konstantinopel, 20. Nov. Derwisch Pascha soll heute mit mehreren Bataillonen nach Dulcigno marschiren. Die Pforte hofft, daß die Uebergabe binnen 8 Tagen erfolgen werde.

Nordamerika.

— Das Zirkular des Departements des Auswärtigen in Washington an die naturalisirten Deutschen stellt keine neuen Prinzipien auf, sondern gibt einfache Erläuterungen des Naturalisationsvertrags, macht die Naturalisirten ausdrücklich darauf aufmerksam, man könne ihnen während ihres Aufenthaltes in Deutschland keinerlei Garantien gegen das Einschreiten der Behörden geben, wenn ihre Verhältnisse zu den Gesetzen ihrer früheren Heimath zweifelhaft wären, oder eine Richtigstellung verlangten. Der Schutz der Union werde fast immer wirksam sein, wenn sie kein Verbrechen begangen oder sich nicht der Desertion schuldig gemacht haben oder frei wären von jeder gesetzlichen Verpflichtung, sich den Behörden zu stellen. Das Zirkular erkennt an, die deutsche Regierung habe in Fällen, wo die Auslegungen des Naturalisationsvertrags bezüglich der Elsässer von einander abwichen, immer günstig für die Auffassung der Unionsregierung entschieden.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 22. Nov. Am Samstag dem 20. d. M., Abends nach 5 Uhr, ist bei dem vom badischen Bahnhof in Basel nach dem Schweizer Bahnhof fahrenden gemischten Zug Nr. 9 kurz vor der Rheinbrücke aus noch unbekannter Ursache eine Entgleisung der Lokomotive und des Tenders erfolgt. Die entgleisten Fahrzeuge bewegten sich noch eine kurze Strecke fort und brachen sodann durch die aus Bohlen bestehende Brückendecke ein, so daß etwa drei Tage erforderlich sein werden, um die letztere wieder in betriebsfähigen Zustand zu versetzen. Außer einer leichten Kontusionirung des Heizers ist eine Verletzung von Personen nicht zu beklagen. Die Beförderung der Reisenden und ihres Gepäcks auf Grund der direkten Billete, ebenso des Eilgutes, erfolgt durch einen für die Dauer der Betriebsstörung zwischen den beiden Bahnhöfen eingerichteten Omnibusdienst, die übrigen Güter werden über Leopoldshöhe-Hüningen geleitet.

Karlsruhe, 21. Nov. Nach zuverlässigen Nachrichten ist durch mehrere Viehtransporte aus dem Oberelsaß die Maul- und Klauenseuche auf diesseitiges Gebiet eingeschleppt worden. Die Viehbesitzer werden zur Zeit ihren Viehbestand am besten vor der Seuche schützen, wenn sie vorderhand kein fremdes Vieh ankaufen und den Zutritt von Viehhändlern und von fremdem Vieh in Hof, Haus und Stall verhüten.

× **Karlsruhe**, 22. Nov. Der Militärverein dahier hielt am Samstag Abend seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahres- und Rechenschaftsberichte war zu entnehmen, daß das Vermögen des Vereins nunmehr 4228 Mark beträgt; im verflossenen Rechnungsjahr, 1. Oktober 1879/80, hat es sich um 153 Mark vermehrt. An Unterstützungen für kranke, arbeitsunfähige Mitglieder wurden 152 Mark gewährt. Die Zahl der Mitglieder, welche im letzten Jahr sich etwas vermindert hatte, auf 332, ist in neuester Zeit durch neue Anmeldungen erheblich gewachsen. — An Stelle des bisherigen ersten Vorstandes, Hauptmann a. D. Schneider, der, durch geschäftliche Rücksichten veranlaßt, von dem seit 8 Jahren versehenen Amte zurücktrat, das er mit größter Aufopferung zum Gedeihen des Vereins versehen hat, wurde Hauptmann a. D. L. Hoffmann gewählt. Dem hohen Protektor des Bad. Militärvereins-Verbandes, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog wurde von der ungewöhnlich zahlreichen Versammlung ein begeistertes Hoch dargebracht.

Der Bad. Frauenverein, Abth. I, macht bekannt, daß für den mit Anfang des Jahres 1881 beginnenden Unterrichtskursus im Handnähen noch einige Plätze frei sind. Das Honorar für den 13 Wochen währenden Unterricht beträgt 20 Mark. — Der Elisabethen-Verein als Abth. IV a. des Frauenvereins beabsichtigt demnächst ein Konzert zum Besten seiner armen Kranken und Wöchnerinnen zu veranstalten.

× **Karlsruhe**, 22. Nov. Bei der heute stattgehabten Generalversammlung der Museums-Gesellschaft wurde Herr Geheimrath v. Freydorf, Exc., mit 172 Stimmen an Stelle des zurückgetretenen Herrn Geheimeraths Schmitt, auf welchen 102 Stimmen fielen, zum Direktor gewählt.

Der Rechenschaftsbericht der Spar- und Waisenkasse **Königheim** für das vierte Jahr, 1. Juli 1879/80, weist bereits ein reines Vermögen von 5167 M. auf; im verflossenen Jahr betrug die Vermehrung 2062 M. Die Guthaben der Einleger betragen 153,212 M.; an neuen Einlagen wurden 68,067 M. einbezahlt, an Einlagen nebst Zinsen dagegen nur 42,295 M. ausgefolgt. Die Zahl der Mitglieder hat sich von 152 um 27 auf 179 erhöht.

Vermischte Nachrichten.

* **Karlsruhe**, 20. Nov. Prof. Dr. Valentiner dahier schreibt uns: Aus Dunecht bei Aberdeen wurde die Entdeckung eines neuen Kometen gemeldet. Bald darauf traf ein Zirkular der Boston society auf der hiesigen Sternwarte ein, in welchem nähere Nachrichten über den vor einigen Wochen von L. Swift in Rochester entdeckten Kometen gegeben wurden. In Folge einer Verstümmelung im damaligen Telegramm, namentlich in Folge der Bezeichnung „großer Komet" ist derselbe in Europa, soviel bis jetzt bekannt, nicht beobachtet worden. Nun zeigt sich aus der in dem Zirkular mitgetheilten Bahnberechnung, daß der in England entdeckte Komet mit jenem amerikanischen identisch ist. Auch dieser Komet nimmt schon an Helligkeit ab und wird daher keine glänzende Erscheinung mehr bieten, was er überhaupt nicht gewesen ist. Ein besonderes Interesse hat aber dieser Komet wieder durch seine Bahn, worauf in dem Zirkular merkwürdiger Weise nicht aufmerksam gemacht wird. Die Bahn zeigt eine volle Uebereinstimmung mit der des Kometen III 1869, so daß an der Identität der beiden Kometen nicht wohl zu zweifeln ist. Der Komet des Jahres 1869 konnte nur kurze Zeit beobachtet werden, so daß seine Bahn nicht mit großer Sicherheit zu ermitteln war; indessen zeigten sich doch schon damals Andeutungen, in Folge deren Bruhns in Leipzig die Vermuthung einer elliptischen Bahn aussprach, die also durch die jetzige Wiederkehr mit größter Wahrscheinlichkeit Bestätigung finden wird. Wir haben somit in diesem Jahre schon 3 Kometen beobachtet, welche alle sich unerwartet als periodische erwiesen.

Neueste Telegramme.

Berlin, 22. Nov. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Richter konstatirt, daß das Centrum sich besser mit der einzigen Rede Windthorst's Genüge hätte sein lassen. Die allgemeinen Verdächtigungen durch Bachem seien am besten durch die Thatsachen widerlegt, daß an Aktienschwindel sich gerade zumeist Christen betheiligt, selbst aus den höchsten Kreisen, und daß der Jude Lasker diesem Schwindel die Larve vom Gesicht gerissen habe. Mit den Angriffen gegen die Berliner Presse schlage man einfach die Juden. Gegen das Petitionsrecht stelle er das Interpellationsrecht. Es war hohe Zeit, daß über jene im Dunkeln schleichende Bewegung Licht verbreitet werde. Die Konservativen fänden die Interpellation deßhalb inopportun, weil sie aus der Offensive in Defensive geworfen worden seien gerade durch diese Interpellation. Es sei hier so viel vom „christlichen Staat" die Rede gewesen; dem gegenüber müsse er an die Ausführungen des Freiherrn v. Vincke vom vereinigten Landtag erinnern, welche darin gipfelten, daß der christliche Staat ein Unding sei, da der Staat nicht die Aufgabe habe, die Forderungen der christlichen Moral zu realisiren, und auch als Konglomerat der verschiedensten Individuen diesen Charakter nicht haben könne. Die Verquickung der Religion und des Staates führe dazu, daß die Gegensätze nur vertieft werden und die Nation schließlich nur auseinander gerissen werde. Welcher Muth übrigens dazu gehöre, die christlich-sociale Bewegung zu führen, wisse er nicht; nach oben hin gäbe es Leute, die den Juden das gönnen, gerade wie nach unten; der Berliner Mob sei nicht so schlimm, er amüsire sich über diese Sache. Es gehöre ein viel größerer Muth dazu, als Priester die liberale Anschauung zu vertheidigen gegen die Verfolgung jener kleinen, aber mächtigen orthodoxen Clique. Die Socialdemokraten, welche man überall vertreibe, seien lange nicht so gefährlich als die Christlich-Socialen. In ihren Ausführungen ist nichts von gegenseitiger Hilfe, von Selbsthilfe und Nächstenliebe zu finden. Dort wird Alles vom Staat gefordert. Keine Bewegung sei antimonarchischer als diese. Liberale und Konservative sollten vielmehr gemeinschaftlich dafür wirken, daß diese Anforderungen an den Staat nicht Boden gewinnen.

Früher habe die Socialdemokratie die Unterstützung der höchsten Kreise gefunden, jetzt werde sie den Christlich-Socialen zugewandt. Die Folge davon war bei den Socialdemokraten ein Selbständigkeitsgefühl, das endlich zu solcher Verirrung führte, daß wir die Attentate erleben mußten (!). Die Fortschrittspartei habe seiner Zeit vor der Begünstigung des Socialismus gewarnt, sei aber nicht gehört worden. Er müsse seine Warnung in diesem Falle wiederholen, denn die leidenschaftliche Menge werde bei den Priestern nicht stehen bleiben. Der Redner freue sich des Erfolges der Interpellation und hoffe, daß sie die antisemitische Bewegung niederschlage, die wahrlich nicht zum Ruhm und zur Ehre des Landes gereiche.

Es sprechen hierauf Stöcker gegen die Interpellation, dafür Löwe (Berlin). Die Diskussion dauert fort.

Briefkasten.

x. in M. Kommt morgen.
it. Verbindlichen Dank.

Verantwortlicher Redakteur:
F. Nestler in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Dienstag, 23. Nov. 130. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Ambrosius**, Schauspiel in 4 Aufzügen, von Chr. K. F. Molbech. Deutsch von Adolf Strodtmann. Anfang ½7 Uhr.

Donnerstag, 25. Nov. 131. Abonnementsvorstellung. **Maria Stuart**, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 24. Nov. 6. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Ambrosius**, Schauspiel in 4 Aufzügen, von Chr. K. F. Molbech. Deutsch von Adolf Strodtmann. Anfang ½7 Uhr.

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg.

Vom 22. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Bar. a. 0° u. d. Meeresspiegel red.	Wind.	Wetter.	Temperatur 5°C. = 4°R.
	mm			
Mullaghmore	756	ESE steif	bedeckt	+ 3°C.
Aberdeen	762	SSE mäßig	halb bed.	+ 4
Christiansund	768	SW stark	heiter	+ 4
Kopenhagen	768	ESE stark	bedeckt	+ 2
Stockholm	774	W leicht	bedeckt	— 3
Haparanda	768	NW leicht	bedeckt	— 6
Petersburg	762	W mäßig	halb bed.	+ 1
Moskau	766	SSE leis. Z.	halb bed.	0
Cork, Queenstown	755	S stürmisch	Regen	+ 7
Brest	761	SE schwach	wolkenlos	+ 1
Helder	759	E leiser Zug	Schnee	— 1
Sylt	762	EN mäßig	Schnee	+
Hamburg	760	ESE frisch	bedeckt	— 1
Swinemünde	765	ESE frisch	bedeckt	0
Neufahrwasser	774	SE schwach	bedeckt	— 1
Memel	776	SE leicht	heiter	— 1
Paris	762	WSW leicht	bedeckt	— 4
Münster	758	still	bedeckt	— 1
Karlsruhe	760	SW schwach	bedeckt	+ 1
Wiesbaden	760	W schwach	bedeckt	+ 1
München	759	NW schwach	Dunst	+ 1
Leipzig	759	E schwach	bedeckt	0
Berlin	762	E schwach	bedeckt	+ 1
Wien	765	SE leicht	Regen	+ 5
Breslau	764	SE mäßig	bedeckt	+ 1
Ile d'Aix	763	E frisch	wolkenlos	— 1
Nizza	759	still	bedeckt	+ 9
Triest	761	SE steif	bedeckt	+ 17

Ein Depressionsgebiet, welches gestern über dem Mittelmeere lag, hat sich mit beträchtlicher Geschwindigkeit nordwärts fortgepflanzt und liegt jetzt über Westdeutschland, über ganz Centraleuropa trübes Wetter, an der deutschen Küste in Verbindung mit dem hohen Luftdrucke im Nordosten starke bis stürmische südöstliche Winde bedingend. Die Westhälfte Britanniens steht unter Einfluß einer neuen Depression, welche vom Ocean naht und bereits auf Irland stürmische Südwinde hervorruft. An der Nordsee herrscht Schneegestöber. In Süddeutschland ist die Temperatur nahezu normal, dagegen in Norddeutschland liegt sie noch unter derselben und herrscht daselbst fast allenthalben Frostwetter.

Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Novbr.	Barometer. mm	Thermometer in C.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmel.	Bemerkung.
20 Nachts 9 Uhr	754.5	— 0.4	96	NE.	bedeckt	veränderlich.
21. Mrgs. 7 Uhr	757.5	— 0.6	90	„	„	„
„ Mttgs. 2 Uhr	754.0	+ 0.4	94	„	„	„
„ Nachts 9 Uhr	749.0	+ 0.8	90	„	bedeckt	trüb.
22. Mrgs. 7 Uhr	748.4	+ 1.0	96	SW.	„	„
„ Mttgs. 2 Uhr	752.3	+ 2.0	81	W.	„	„

Wasserstand des Rheins.

Maxau, 21. Nov., Morgens. 4,64 m, gestiegen 6 cm. Am 22. Nov., Morgens. 4,74 m, gestiegen 10 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 22. November 1880.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	100.12	Bergisch-Märkische	115.50
4% Preuß. Consols	100.—	Meckl. Frd.-Franz	—.—
4% Baden in Mark	100.12	Elisabeth-Bahn	172¾
4% Bayern	—	Franz-Josefs-Bahn	151.62
4% Oesterr. Goldrente	74¾	Galizier	235.75
4⅕% „ Silberrente	62¾	Lombarden	76⅝
4⅕% „ Papierrente (Mai-Novb.)	61⅞	Nordwestbahn	159.—
6% Ungar. Goldrente	92¼	Staatsbahn	240¼
5% Russ. Oblig. v. 1877	91½	**Prioritäten.**	
5% „ Orientanleihe II. Em.	57	Nordwestbahn Lit. A.	86⅜
6% Amerikaner v. 1881	—.—	Gotthardbahn, I.-III. Ser.	91¼
5% „ (Consols)	99⅞	5% Oesterr. Südbahn	94¾
Banken.		3% „ „	53⅞
Deutsche Reichsbank	146¾	5% Oest. Frz.-Staatsb	103.50
Basler Bankverein	141.50	3% „ „ „	75¼
Oesterr. Kreditaktien	244⅛	**Loose, Wechsel und Sorten.**	
Darmstädter Bank	152⅛	5% Oesterr. Loose v. 1860	122⅜
Deutsche Effekten- u. W.-Bank	134½	Ungarloose	220.20
Deutsche Handelsgesellsch.	117.62	Wechsel auf Amsterdam	168.35
Disconto Commandit	176.80	„ „ London	20.36
Meininger Bank	96	„ „ Paris	80.55
Schaffhaus. Bankverein	92¾	„ „ Wien	172.10
		Napoleonsd'or	16.11—15
		Tendenz: fest.	

Berlin.		Wien.	
Oesterr. Kreditaktien	490.50	Kreditaktien	286.40
„ Staatsbahn	482.—	Lombarden	—.—
Lombarden	152.—	Anglobank	126.50
Disconto-Commandit	176.60	Napoleonsd'or	9.37½
Reichsbank	—.—	Tendenz: still.	
Laurahütte	116.20		
Rechte Oder-Uferbahn	150.70		
Tendenz: fest.			

Weitere Kursberichte und Handelsnachrichten in der Beilage Seite 2.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Geburten. 18. Nov. Wilh. Marie, V.: Wilh. Rummel, Eisendreher. — 19. Nov. Elsa Friederika Karoline, V.: Osw. Ehrhardt, Lokomotivheizer. — 20. Nov. Rudolf Eberhard, V.: Gust. Höllischer, Großh. Sekretär. — Helene, V.: Frz. Freudenberg, Ingenieur. — Alexandrine Marie Kath. Franziska Antonie, V.: Vikt. Rochlitz, Major a. D. — 21. Nov. Alb. Leopold, V.: Alb. Gieringer, Schlosser. — 22. Nov. Jda Elise Babette, V.: Jul. Wölfle, Dreher. — Hermann, V.: Ldw. Riegel, Buchhalter. — Olga Jakobina Anna, V.: Karl Sauer, Feilenhauermeister.

Eheschließungen. 22. Nov. Rud. Knupfer von Freiburg, Assistent hier, mit Marie Wolf von Renchen. — Moriz Herm. Strauß von Wiesbaden, Bankier in Berlin, mit Hermine Massenbach von Bühl.

Todesfälle. 21. Nov. Frdr., 1 J. 7 M. 24 T., V.: Taglöhner Fassel. — Eduard Wilh., 5 J., V.: Ingenieur Engler. — Gg. Gerbert, Ehem., Schreinermeister, 38 J. — Elisabetha Bacher, Buchdruckers Ehefrau, 73 J. — 22. Nov. Marg. Dölter, Stabsfouriers Wittwe, 87 J. — Luise, 9 M. 27 T., V.: Kaufmann Hehn. — Anna Zorn, Kaufmanns Ehefrau, 29 J.

Eberbach a. N., 20. Nov. Frau Frieda Neumayer, geb. Leutz — **Seckach**, 18. Nov. Gottfried Nörber.

Todesanzeige.

49. Karlsruhe. Freunden und Bekannten statt besonderer Anzeige die schmerzliche Mittheilung, daß uns gestern Abend halb 6 Uhr unser liebes jüngstes Kind **Eduard** nach kurzer Krankheit im Alter von 5 Jahren 4 Monaten durch den Tod entrissen worden ist

Karlsruhe, den 22. Novbr. 1880.
Oswald Engler, Ingenieur.
Luise Engler, geb. Hilgard.

Die Beerdigung findet Dienstag den 23. November, Nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung aus (Bahnhofstraße Nr. 1) statt.

W. 266. 21.

Allgemeiner Submissionsanzeiger
VII. Jahrg. Amtl. Insertionsorgan.
Erscheint in Stuttgart
4mal wöchentlich.
Reichhaltigstes u. billigstes Fachblatt.
Grösste Verbreitung in gewerbl. Kreisen.
Specialität: Submissions-Ausschreiben sowie deren Ergebnisse.
Abonnementspreis 4¹/₂ ℳ pro Quartal bei jeder Postanstalt. **Inserate** 25 ₰ pro Zeile. Probenummern gratis & franco.

Stellegesuch.

47.1. Für einen braven soliden Menschen, der beim Militär, später als Reitknecht und Kutscher drei Jahre gedient, wird bei bescheidenen Ansprüchen eine Stelle gesucht. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

42.1. Baden-Baden.

Kutscher-Gesuch.

Ein zuverlässiger Herrschaftskutscher wird sogleich gesucht.
Zu erfragen bei **A. Seiler.**

Z.703. Karlsruhe.
Operngläser
in allen Grössen, in Leder, Elfenbein, Schildpatt, Aluminium, in bester Qualität empfehlen
F. Mayer & Cie.,
— Hoflieferanten.

Z.947.2. Offenburg.

Bekanntmachung.

Die Stelle des Bürgermeisteramts-Aktuars, welcher zugleich den Dienst eines Polizeikommissärs zu bekleiden hat, mit einem Jahresgehalt von 1700 Mark, ist auf 1. Februar 1881 zu besetzen.

Bewerbungen — mit Zeugnissen belegt — wollen bis längstens 1. Dezember d. J. bei unterzeichneter Behörde eingereicht werden, welche auf Verlangen nähere Auskunft ertheilt.

Offenburg, den 15. November 1880.
Gemeinderath.
F. Volk.

40.1. Durmersheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Durmersheim läßt bis Freitag den 26. und Samstag den 27. d. Mts. in ihrem Hardtwald 1154 Ster forlenes Scheit- u. Rollenholz und am Montag dem 29. dieses Monats 11,028 Stück forlene Wellen mit Borgfrist bis 1. September 1881 öffentlich versteigern.

Die Zusammenkunft ist je Morgens 9 Uhr am 26. u. 29. auf der Malscher Straße und am 27. dieses Monats am Brunnenweg jeweils am Waldeingang.

Durmersheim, 20. November 1880.
Bürgermeister Heck.

41. Söllingen, Bez.-Amt Rastatt.

Jagd-Versteigerung.

Die Ausübung der Jagd auf der Gemarkung Söllingen, Bezirksamt Rastatt, bestehend in circa 2600 Morgen Feld, Wiesen, Wald und Rheininseln, wird am

Montag dem 29. November d. J., Nachmittags 1 Uhr,

auf dem Rathhause daselbst auf eine sechsjährige Pachtzeit pro 1. Februar 1881/87 öffentlich versteigert, wozu Einladung ergeht.

Söllingen, den 19. November 1880.
Der Gemeinderath.
Seiter.

Bürgerliche Rechtspflege.

Vermögensabsonderung.

30. Nr. 14,119. Konstanz. Die Ehefrau des Norbert Wilhelm, Pirmina, geb. Gies in Dingelsdorf, wurde durch Urtheil Großh. Landgerichts dahier — Civilkammer I — vom Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern, was zur Kenntnißnahme der Gläubiger bekannt gemacht wird.

Konstanz, den 16. November 1880.
Die Gerichtsschreiberei
des Großh. bad. Landgerichts.
Weisenborn.

45.1. Karlsruhe.

Landwirthschaftlicher Versicherungs-Verband „Baden"

im Anschluß an die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Mit Bezug auf die Bestimmungen des Verbands-Vertrages laden wir die Mitglieder des Landwirthschaftlichen Versicherungs-Verbandes „Baden" zu der ersten ordentlichen General-Versammlung auf:

Mittwoch den 8. Dezember 1880, Nachmittags 2½ Uhr, in das **Café Nowack** zu **Karlsruhe,** Nowack-Anlage Nr. 19,

hierdurch ergebenst ein.

Wir ersuchen die geehrten Mitglieder, sich mit der Mitgliedskarte versehen zu wollen, da dieselbe zum Eintritt erforderlich ist.

Karlsruhe, den 20. November 1880.

Der Ausschuß
des Landwirthschaftlichen Versicherungs-Verbandes „Baden"
im Anschluß an die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.
E. A. Freiherr v. Göler,
Vorsitzender.

Niederländisch - Amerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft.
Directe und regelmässige Post-Verbindung
Rotterdam—New-York.
Abfahrt von ***Rotterdam Samstag.***
D.701. 8. M.-Nr. 16810. von ***New-York Mittwoch.***
Comfortable Einrichtung. Billige Passagepreise.
Nähere Auskunft ertheilen die **Direction** in **Rotterdam**, sowie wegen Passage die General-Agenten: ***Mich. Wirsching, Walther & von Reckow, Gundlach & Bärenklau, Rabus & Stoll, Conrad Herold*** in ***Mannheim.***

Griechische Weine
1 Probekiste
mit 12 ganzen Flaschen in 12 ausgewählten Sorten
von **Cephalonia, Corinth, Patras** und **Santorin** versendet — Flaschen u. Kiste frei — zu **19 Mark.**
Diese Probekisten eignen sich zu passenden Festgeschenken.
J. F. Menzer, Neckargemünd. Ritter des Kgl. Griech. Erlöser-Ordens.
Niederlage bei Fr. Maisch, Karlsruhe. P.591. 84.

Entmündigungen.

25. Nr. 7786. Emmendingen. Durch Beschluß des richterlichen Beamten vom 1. Oktober 1880, Nr. 9051, wurde der ledige Andreas Krumm von Bahlingen wegen bleibenden Zustandes von Geistesschwäche gemäß L.R.S. 489 entmündigt.

Als dessen Vormund ist Wilhelm Breisacher, Wirth in Bahlingen, ernannt.

Emmendingen, den 18. Novbr. 1880.
Großh. bad. Amtsgericht
G. Ernst.

Z.982. D.Nr. 3467. Ettenheim. Max Hilß, Wagner von Kappel, ist durch richterliches Urtheil vom 20. Oktober d. J., Nr. 6926, wegen Wahnsinns nach L.R.S. 489 entmündigt, und für denselben unterm Heutigen, Nr. 3467, dessen Ehefrau, Maria Anna, geborne Jäger von da, als Vormünderin ernannt und bestätigt worden.

Ettenheim, den 16. November 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Greiffenberg.

Z.987. Nr. 10,338. Wolfach. Durch diesseitiges Erkenntniß vom Heutigen wurde Flößer Josef Armbruster dahier im Sinne des L.R.S. 513 verbeistandet und ihm verboten, ohne Mitwirkung eines Beistandes die dort aufgeführten Rechtshandlungen vorzunehmen.

Wolfach, den 16. November 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Mündel.

Z.985. Nr. 5387. Tauberbischofsheim.

Die Entmündigung des Schmieds Johann Scherer in Kützbrunn betr.

Durch Erkenntniß des richterlichen Beamten vom 2. November 1880, Nr. 9801, ist Schmied Johann Scherer von Kützbrunn wegen Geistesschwäche auf Grund des L.R.S. 489 entmündigt worden, was gemäß § 68b. Gerichtsnotariats-Ordnung unter dem Beifügen bekannt gemacht wird, daß für den Entmündigten dessen Ehefrau, Agathe Scherer, geb. Hellmuth in Kützbrunn, als Vormund aufgestellt ist.

Tauberbischofsheim, 18. Novbr. 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Der Beamte für freiw. Gerichtsbarkeit.
Brunner.

Erbeinweisungen.

Z.893.1. Nr. 15,962. Donaueschingen. Michael Kohler Wittwe, Maria, geb. Manger von Orsingen, hat um gerichtliche Einweisung in den Besitz und die Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten.

Diesem Begehren wird auf Antrag entsprochen werden, wenn

innerhalb sechs Wochen

keine Einwendungen dagegen dahier vorgebracht werden.

Donaueschingen, 3. November 1880.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts:
Willi.

Z.895. Nr. 25,166. Offenburg. Das Großh. Amtsgericht dahier hat unterm 10. l. Mts., Nr. 25,166, verfügt, daß, nachdem auf diesseitige Aufforderung vom 13. September l. Js. Nr. 20,052, keine Einsprachen erhoben worden sind, die Wittwe des Josef Junker, Karolina, geb. Lipps von Müllen, in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres † Ehemannes eingewiesen wird.

Offenburg, den 12. November 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber:
C. Beller.

Erbvorladungen.

Z.891. Achern. Katharina, Barbara, Georg, Leo und Johann Roth von Sasbach, unbekannt wo abwesend in Amerika, sind zu dem Nachlasse der verstorbenen Ignaz Roth Wittwe, Katharina, geborne Klein in Sasbach, berufen. Dieselben werden hiemit aufgefordert, ihre Ansprüche an diese Verlassenschaft

binnen drei Monaten

von heute an bei dem Unterzeichneten geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft Denen zugetheilt werden wird, welchen sie zukäme, wenn die Geladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Achern, den 15. November 1880.
Der Großh. Notar:
A. Fuchs.

Z.866. Endingen. Amand, Josef und Xaver Blum von Wyhl, deren Aufenthaltsort unbekannt, sind auf Ableben ihres Bruders, Stefan Blum, Chirurg von Wyhl, zu dessen Erbnachlaß theilweise gerufen.

Dieselben werden hiemit aufgefordert, ihre Erbansprüche in Zeitfrist von

3 Monaten

anher geltend zu machen, als sonst die Erbmasse Denen zugetheilt würde, welchen sie zukäme, wenn sie, die Geladenen, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Endingen, den 15. November 1880.
Biechele, Großh. Notar.

Z.864.1. Bretten. Der am 16. Februar 1880 gestorbene Johann Jakob Schmidt von Stein hat in seinem Testamente vom 6. März 1879 verordnet, daß der Vermögensantheil, welcher der Christian Britsch Ehefrau, Katharina, geb. Schmidt von Stein, z. Zeit in Amerika, an seinem Nachlasse zukommt, ihren Kindern zufallen soll.

Da der derzeitige Aufenthaltsort der Christian Britsch Eheleute und ihrer Kinder, die sich zur Zeit des Erbanfalles in der Seipp'schen Brauerei in Chicago aufgehalten haben sollen, nicht ermittelt werden konnte und die an sie abgegangene besondere Benachrichtigung von der Post als unbestellbar zurückkam, werden sie hiermit zur Erbschaft mit Frist von

drei Monaten

unter dem Bedeuten vorgeladen, daß, wenn sie sich nicht melden, ihr Erbantheil Denen zugewiesen würde, welchen es zugekommen, wenn sie, die Vorgeladenen, zur Zeit des Erbanfalles nicht mehr am Leben gewesen wären.

Bretten, den 27. Oktober 1880.
Der Großh. bad. Notar:
Kilian.

Z.898. Rosenberg, A.-G. Adelsheim. Die unbekannt wo sich aufhaltenden Schafknechte Leopold und Karl Frohmüller von Rosenberg werden hiermit zu den Theilungsverhandlungen auf Ableben der kinderlos verstorbenen Maurer Jos. Häfner Ehefrau, Rosine, geb. Köhler von da, mit Frist von

3 Monaten a dato

mit dem Bemerken vorgeladen, daß, wenn sie in dieser Frist sich nicht melden, die Erbschaft Denen zugewiesen wird, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Adelsheim, den 16. November 1880.
Volz, Notar.

Handelsregistereinträge.

Z.918. Nr. 9494. Lahr. Mit O.-Z. 204 in das Firmenregister: Firma Louise Rein in Lahr. Inhaberin der Firma ist Ehefrau Louise Rein, geb. Bieser dahier. Ehevertrag mit Martin Rein, wonach fahrende Habe aus der Gemeinschaft ausgeschlossen ist, in welche jeder Theil 35 fl. eingeworfen hat.

Lahr, den 9. November 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Eichrodt.

Zwangsversteigerungen.

5. Eichstetten.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Andreas Würstlin, Hafner, bezw. seiner Ehefrau, Katharina, geb. Löffel, in Bahlingen, nachbenannte Liegenschaften — der Gemarkung Bahlingen — am Dienstag dem 14. Dezember, Mittags 1 Uhr, im Rebstockwirthshaus allda öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

	ℳ
1. Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Scheuer, Stall und Hafnerbrennofen, sowie auch 2 Ar 4 M. Hofraithe und 60 M. Hausgarten, neben Gemeinde beiderseits	1700
2. 6 Ar 37 M. Reben im Forschälen	200
3. 4 Ar 89 M. Reben zu Offenthal	100
4. Von 11 Ar 56 M. Reben u. Grasrain im Hungerberg die Hälfte	200
5. 6 Ar 38 M. Acker im Nägeler	70
Summa	2270

Hievon erhalten die Gläubiger der Vollstreckungsmasse der Johannes Flurbacher Wittwe in Bahlingen unter Hinweisung auf § 79 des bad. Einf.-Gesetzes zu den Reichsjustizgesetzen mit der Aufforderung Nachricht, den Betrag ihrer Forderung spätestens in dem Versteigerungstermin anzumelden, damit sie bei Verweisung des Erlöses berücksichtigt werden.

Zugleich wird denselben aufgegeben, einen im Amtsgerichtsbezirk Emmendingen wohnenden Zustellungsbevollmächtigten zu benennen, widrigenfalls bei allen weitern Verfügungen gemäß § 187 R.-C.-P.-O. verfahren würde.

Eichstetten, den 8. November 1880.
Der Großh. Notar:
Forstmeyer.

9. Rothweil.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Christian Friedrich Müller, Landwirth von Leiselheim, am Dienstag dem 7. Dezember l. J., Nachmittags 2 Uhr, im Stubenwirthshause zu Leiselheim folgende Liegenschaften öffentlich versteigert und dem höchsten, wenn auch unter dem Anschlage bleibenden Gebot endgiltig zu Eigenthum zugeschlagen, als:

	Anschlag ℳ
1. 13 Ar 41 □Meter Acker im untern Engernthal, neben Johann Georg Schneider . .	400
2. 12 Ar 42 □Meter Acker und Grasrain im Markstein, neben J. Georg Müller . . .	350
3. 7 Ar 20 □Meter Reben allda, neben Wilhelm Dufner .	300
4. 6 Ar 93 □Meter Reben auf dem Gestühl, neben Reinhard Hundertpfund	220
5. 6 Ar 93 □Meter Wiesen auf der Lohmatte, neben Johann Jakob Brand	450
6. 4 Ar 50 □Meter Ackerland auf dem Kappelacker, neben Christian Bury	230
7. 11 Ar 16 □Meter Reben und Grasrain im Hohberg, neben Maria Barbara Hecklinger . .	300
Zusammen	2250

Hiervon erhält der Schuldner Christian Friedrich Müller, dessen Aufenthaltsort zur Zeit unbekannt ist, anstatt besonderer Eröffnung Nachricht.

Zugleich wird derselbe aufgefordert, seinen wirklichen Aufenthaltsort anher anzugeben oder einen Zustellungsgewalthaber zu ernennen, widrigenfalls alle in obiger Vollstreckungssache an ihn zu ergehenden Zustellungen durch Anschlag an der Gerichtstafel angeschlagen werden.

Rothweil, den 18. November 1880.
Der Großh. Notar:
E. Gallus.

Verm. Bekanntmachungen.

48. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 31. Dezember l. J. tritt der Tarif vom 20. August 1875 für den direkten Personen- ꝛc. Verkehr und der Schweizerischen Nationalbahn außer Kraft.

Karlsruhe, den 22. November 1880.
General-Direktion.

39.1. Bretten.

Bekanntmachung.

Auf Grund höherer Ermächtigung wird zur Aufstellung des Lagerbuches von der Gemarkung Dürrenbüchig im Amtsbezirke Bretten Tagfahrt auf

Montag den 29. d. Mts.

und folgende Tage, jeweils Morgens 8 Uhr auf das dortige Rathhaus anberaumt. Die Grundeigenthümer dieser Gemarkung werden mit dem Anfügen hievon in Kenntniß gesetzt, daß diejenigen Liegenschaften, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, dem Lagerbuchbeamten unter Anführung der betreffenden Rechtsurkunden in der Tagfahrt zu bezeichnen sind.

Bretten, den 21. November 1880.
Krautinger,
Bez.-Geometer.

Zwangsversteigerung.

Z.889.2. Neustadt.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden den Erben des Johann Georg Kistler von Vierthäler die nachbenannten Liegenschaften der Gemarkung Vierthäler am

Dienstag dem 30. November 1880, Vormittags 10 Uhr,

im Gasthause zur Spiegelhalden in Vierthäler einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt und als Eigenthum endgiltig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

Ein zweistöckiges, von Holz u. Stein erbautes Bauernhaus mit Scheuer und Stallung unter einem Dach, im Spriegelsbach gelegen, nebst einem hölzernen Fruchtspeicher, einer einstöckigen Sägemühle, 13 Rth. Garten beim Haus und

21 Morgen	57½ Ruth.	Ackerfeld,	
16 „	37 „	Wiesen,	
94 „	205 „	Waidgang,	
40 „	65½ „	Wald und Waldanflug,	

zusammen ein geschlossenes Hofgut bildend — den sog. Henslehof mit Henslegrund — grenzt gegen Morgen an Leo Kistler und Wittwe Willmann, gegen Mittag an Johann Schwörer Wittwe und Paul Kleiser, gegen Abend an Pauline Walter und Matthä Bäuerle, gegen Mitternacht an Johann Andris und Matthä Tröscher,

angeschlagen zu . . . 29,014 ℳ
Neunundzwanzigtausend vierzehn Mark.

Hievon erhalten:

I. die an unbekannten Orten abwesenden Beklagten:
1. Andreas Kistler Erben in Komford, Grafschaft Sufolk (England), und
2. Maria Anna Pfaff, unbekannt wo in Australien abwesend,

Nachricht mit dem Anfügen,
a. daß der Erlös zu ⅕ baar, der Rest in 4 gleichen Martinizielern, 1880—1884, zu bezahlen ist,
b. daß etwaige Einwendungen gegen diese und die weiteren Steigerungsbedingungen, sowie gegen die Schätzung bei dem Großh. Amtsgericht Neustadt vorzubringen sind.

II. Die an unbekannten Orten abwesenden Pfandgläubiger:
1. Fidel Straub und Brugger von Oberlenzkirch,
2. die unbekannten Berechtigten an der Gantmasse des Posthalters Fidel Ketterer von Vöhrenbach, der gleichfalls als Pfandgläubiger eingetragen ist,

erhalten hievon Nachricht mit der Aufforderung, den Betrag ihrer Forderung spätestens in der Versteigerungstagfahrt bei dem Vollstreckungsbeamten anzumelden, damit sie bei Verweisung des Erlöses berücksichtigt werden können.

Zugleich wird auf die Bestimmungen der Vollstreckungsordnung aufmerksam gemacht, wonach die auf Grund der Verweisung geschehene Zahlung die Wirkung hat, daß die versteigerten Liegenschaften von der Unterpfandslast befreit werden.

Den unbekannten Beklagten sowohl wie den Pfandgläubigern wird zugleich aufgegeben, einen dahier wohnenden Gewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, an die hiesige Gerichtstafel angeschlagen werden.

Neustadt, den 12. Oktober 1880.
Der Vollstreckungsbeamte:
C. Nagel, Notar.

Z.877.2. Ein solider, fleißiger und gewandter

Notariatsgehilfe

sucht Stellung.

Gefl. Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes unter Chiff. A.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.